



Dienstag, 11. Dezember 2018, 14:00 Uhr
~11 Minuten Lesezeit

Business as usual

Die USA forcieren den Staatsstreich in Venezuela.

von Rubikons Weltredaktion
Foto: Aleks_Shutter/Shutterstock.com

Die USA zeigen kaum Skrupel, sich in die Politik anderer Länder einzumischen. Zurzeit tun sie das auch in Venezuela, wo sie darauf abzielen, durch Wirtschaftssanktionen, Unterstützung der Opposition und Diffamierung der demokratisch gewählten Regierung einen Regimewechsel herbeizuführen. Wie Garry Leech aufzeigt, verfolgen sie dabei dieselbe Strategie wie schon in anderen lateinamerikanischen Staaten – etwa Chile oder Haiti –, die die Bedürfnisse ihrer eigenen Bevölkerung an die erste Stelle setzen, anstatt die Interessen der USA zu beherzigen.

Washingtons Regime-Change-Strategie für Venezuela

von Garry Leech

Für jene, die die Ereignisse in Venezuela in den vergangenen Jahren aufmerksam verfolgt haben, drängt sich ein deutliches Gefühl von Déjà-vu auf angesichts der US-Außenpolitik gegenüber dieser südamerikanischen Nation.

Das rührt daher, dass Washingtons Strategie des Regimewechsels in Venezuela fast identisch mit dem Ansatz ist, den es bei zahlreichen Gelegenheiten seit dem Zweiten Weltkrieg verfolgt hat. Diese Strategie beinhaltet die Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen, umfangreiche Unterstützung der Opposition sowie destabilisierende Maßnahmen, die ein ausreichendes Maß an menschlichem Leid und Chaos verursachen, um einen Militärputsch oder eine direkte militärische Intervention durch die USA zu rechtfertigen. Da diese Strategie für die USA mehr als ein halbes Jahrhundert lang so gut funktioniert hat, sehen unsere gewählten führenden Politiker keinen Grund, sie gegenüber Venezuela nicht anzuwenden. Mit anderen Worten: In den Augen Washingtons geht mit seiner Regimewechsel-Politik gegenüber Venezuela in Lateinamerika alles seinen gewohnten Gang.

Ungeachtet der US-Rhetorik nimmt diese Regimewechsel-Strategie keine Rücksicht darauf, ob eine Regierung demokratisch gewählt wurde oder welche menschenrechtlichen Konsequenzen solche Einmischungen nach sich ziehen. Tatsächlich waren nahezu alle lateinamerikanischen Regierungen, die die USA in den vergangenen 65 Jahren erfolgreich gestürzt hat, demokratisch gewählt. Unter den demokratisch gewählten Präsidenten, die abgesetzt wurden, waren Jacobo Arbenz 1954 in Guatemala, Salvador Allende 1973 in Chile, Jean Bertrand Aristide 2004 in Haiti und Manuel Zelaya 2009 in Honduras. Washington attackierte diese Staatsführer mit Wirtschaftssanktionen und Destabilisierungs-Kampagnen, die das

wirtschaftliche Chaos und die humanitären Krisen verursachten, die man als Rechtfertigung für eine militärische Lösung benötigte.

Der gemeinsame Nenner in all diesen Fällen hatte nichts mit Demokratie oder Menschenrechten zu tun; vielmehr war es die Tatsache, dass die gewählten Regierungen die Dreistigkeit besaßen, US-Interessen in der Region infrage zu stellen. Dass eine lateinamerikanische Regierung die Interessen seiner eigenen Bevölkerung über die Bedürfnisse der USA stellen könnte, ist in Washington inakzeptabel.

Diese Haltung wurde von CIA-Direktor George Tenet während einer Anhörung vor dem Geheimdienstausschuss des Senats im Februar 2002 zur Schau gestellt, als er arrogant behauptete, Venezuelas Präsident Hugo Chavez „liegen möglicherweise nicht die Interessen der USA am Herzen“. Zwei Monate später unterstützte Washington einen Militärputsch, der darauf abzielte, den venezolanischen Präsidenten zu entmachten.

Sanktionen gegen Venezuela

Der gescheiterte Militärputsch war der erste große US-gestützte Versuch, Präsident Chavez nach seinem Wahlsieg im Jahr 1998 zu stürzen. Nach dem Putsch setzte Washington seine Anstrengungen fort, in Venezuela eine Regierung einzusetzen, der „die Interessen der USA am Herzen liegen“ würde. Die Unterstützung von Oppositionsgruppen wurde durch eine Aufstockung der Mittel für USAID-Programme im Land verstärkt, mit dem Ziel, die Bevölkerung gegen die Regierung aufzubringen. Wikileaks veröffentlichte ein geheimes Telegramm, das die US-Botschaft in Venezuela 2006 an Washington geschickt hatte. Darin hieß es, dass USAID-Förderungen darauf abzielten, führende Kommunalpolitiker zu beeinflussen, um sie „langsam vom Chavismus weg zu bewegen“. Zu

den weiter gefassten Zielen der Botschaft zählte die „internationale Isolierung von Chavez“.

Im Jahr 2015 unterzeichnete Präsident Obama ein Dekret, in dem es lächerlicherweise hieß, Venezuela sei eine „außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit“ der USA. Nach dem US-Gesetz erforderte dieses Dekret, dass die Obama-Regierung nun Sanktionen verhängte. Zwei Jahre später verkündete Präsident Donald Trump, er schlosse eine „militärische Option“ für Venezuela nicht aus. Zusätzlich verschärfte er die Sanktionen, um es der Regierung zu erschweren, die Wirtschaftskrise des Landes in den Griff zu bekommen.

Nach Aussage des Ökonoms Mark Weisbrot schaden die Sanktionen Venezuela vornehmlich dadurch, dass sie dem Land verbieten, Vermögenswerte im US-Finanzsystem zu leihen oder zu verkaufen. Sie verbieten außerdem dem in den USA ansässigen Kraftstoff-Unternehmen CITGO, das der venezolanischen Regierung gehört, Dividenden oder Gewinne nach Venezuela zurückzuschicken. Hinzu kommt, dass Venezuela nicht in der Lage wäre, eine Umschuldung vorzunehmen, um seinen Schuldendienst während der derzeitigen Krise zu reduzieren, da es keine neuen Anleihen ausgeben könnte.

Da die Sanktionen dem staatseigenen venezolanischen Unternehmen CITGO verbieten, seine Gewinne nach Hause zu transferieren, verliert die venezolanische Regierung jährlich eine Milliarde Dollar an Einnahmen. Letztendlich vergrößern die Sanktionen die Notlage der venezolanischen Bevölkerung, denn, wie Weisbrot bemerkt, „verschärfen sie den Mangel an Nahrungsmitteln, Medikamenten und anderen lebensnotwendigen Gütern, während sie die verfügbaren politischen Optionen, um das Land aus einer tiefen Wirtschaftskrise zu führen, stark einschränken“.

Anfang dieses Monats (dieser Artikel erschien am 23. November

2018; Anmerkung der Übersetzerin) zog Präsident Trump die Schrauben weiter an, indem er eine Verordnung zu Sanktionen auf Goldexporte aus Venezuela unterzeichnete. Das südamerikanische Land verfügt über eine der weltweit größten Goldreserven und hat begonnen, einen Teil seines Goldes zu verkaufen, um der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Eine Woche, nachdem Trump sein Dekret verabschiedet hatte, befolgte Großbritannien die Sanktionsvorschriften, indem es sich weigerte, Venezuela 14 Tonnen Goldbarren im Wert von 550 Millionen Dollar auszuhändigen. Dieses Gold gehört Venezuela und wird lediglich in den Tresoren der Bank of England aufbewahrt. Ebenso wie im Fall der CITGO-Profitte fordert Venezuela schlicht zurück, was sein rechtmäßiges Eigentum ist.

Die Tatsache, dass die USA und Großbritannien glauben, sie hätten das Recht darüber zu entscheiden, was Venezuela mit seinen eigenen Vermögenswerten und Rücklagen tun oder lassen kann, verdeutlicht die imperialistische Arroganz dieser beiden Nationen. Diese jüngsten US-Sanktionen und Großbritanniens Weigerung, das venezolanische Gold herauszugeben, beschneiden weiter die Fähigkeit der venezolanischen Regierung, die Wirtschaftskrise ihres Landes anzugehen.

Diffamierung der Regierung und Unterstützung der Opposition

Und schließlich wurde Anfang dieser Woche enthüllt, dass die Trump-Regierung erwägt, Venezuela auf die US-Liste der Staaten zu setzen, die den Terrorismus unterstützen, was automatisch zu noch schärferen Sanktionen führen würde. Venezuela als staatlichen Unterstützer des Terrorismus zu etikettieren, ist ebenso lächerlich wie Obamas Aussage, das Land sei eine „außergewöhnliche Bedrohung“ für die nationale Sicherheit der USA. Ein US-Beamter,

der auf seiner Anonymität bestand, räumte ein, dass es sehr schwierig werden würde, Beweise dafür vorzulegen, dass Venezuela Terroristen unterstütze. Ganz einfach deshalb, weil es dies nicht tut! Doch die USA haben nie Beweise gebraucht, um in einem anderen Land einzugreifen, wofür der Irak und seine angeblichen Massenvernichtungswaffen ein offenkundiges Beispiel sind. Ein solcher Schachzug zeigt auch, wie weit Washington zu gehen bereit ist, um schwächere Länder zu dämonisieren und zu drangsalieren, die sich weigern, nach seinen Regeln zu spielen.

Die US-Regimewechsel-Taktiken werden mit der Opposition in Venezuela abgestimmt, die hauptsächlich aus den reichen Eliten des Landes besteht, die das Land vor der Wahl von Hugo Chavez lenkten. Die sozialistische Politik des ehemaligen Präsidenten Chavez und des jetzigen Präsidenten Nicolas Maduro hat die Privilegien beschnitten, die diese heimischen Eliten und ausländische Ölfirmen genossen. Als Antwort hat die reiche Opposition des Landes, die die wirtschaftliche Aktivität noch immer dominiert, versucht, die Wirtschaft zu sabotieren, indem sie die Produktion drosselte und dringend benötigte lebensnotwendige Güter ins angrenzende Kolumbien exportierte.

Trotz ihres Reichtums und ihrer wirtschaftlichen Macht braucht die venezolanische Opposition die Unterstützung der mächtigsten Nation der Welt, da sie an der Wahlurne nicht gewinnen kann. Seit 1998 haben die Venezolaner die Präsidenten Chavez und Maduro in einer Wahl nach der anderen mit überwältigender Mehrheit unterstützt. Diese Wahlen wurden von internationalen Beobachtern überwacht und sind wiederholt als frei und fair eingestuft worden. Ein berühmter Wahlbeobachter, der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, erklärte: „Tatsächlich würde ich ausgehend von den 92 Wahlen, die wir beobachtet haben, sagen, dass das Wahlverfahren in Venezuela das beste der Welt ist.“

Die US-Mainstream-Medien spielen ihre übliche und entscheidende

Propagandarolle in Bezug auf Venezuela, indem sie sicherstellen, dass die Öffentlichkeit nur das offizielle Narrativ Washingtons zu hören bekommt. Dieses Narrativ dämonisiert die venezolanische Regierung und hat Chavez und Maduro wiederholt als „undemokratisch“, „autoritär“ und, lächerlicherweise, als „Diktatoren“ bezeichnet. Zusätzlich haben die Medien die Aufmerksamkeit auf Lebensmittelengpässe und eine „humanitäre Krise“ gelenkt, die dazu führe, dass Venezolaner das Land verlassen, anstatt auf die bemerkenswerten sozialen Leistungen in der Armutsbekämpfung, der Bildung, dem Wohnungsbau für Arme und der partizipatorischen Demokratie einzugehen.

Unterdessen ist die Tatsache, dass mehr als fünf Millionen Menschen im angrenzenden Kolumbien während der letzten Jahrzehnte gewaltsam aus ihrem Zuhause vertrieben wurden, kaum auf dem Radar der Mainstream-Medien aufgetaucht. Ebenso wenig die Tatsache, dass während der letzten 10 Jahre mehr als 4.000 Kinder vom indigenen Volk der Wayuu in Nordkolumbien an Mangelernährung gestorben sind. Wir hören nichts von diesen humanitären Krisen, denn die kolumbianische Regierung ist ein befreundetes Regime, das den Interessen der USA dient – genauso wie andere autoritäre Verbündete, deren Menschenrechtsverletzungen die Mainstream-Medien praktischerweise ignorieren.

Dasselbe Spiel in Chile ...

Wie bereits erwähnt ist Washingtons Regimewechsel-Strategie in Venezuela nichts Neues. Tatsächlich ist sie geradezu eine direkte Kopie vorangegangener Regimewechsel-Bemühungen in Lateinamerika. Ein klassisches Beispiel ist Chile nach der Wahl des sozialistischen Kandidaten Salvador Allende zum Präsidenten im Jahr 1970.

Die Gedanken des Nationalen Sicherheitsberaters der Nixon-Regierung Henry Kissinger zur Wahl lassen bereits die Arroganz ahnen, die CIA-Direktor Tenet Jahrzehnte später an den Tag legen würde:

„Ich sehe nicht ein, warum wir tatenlos dabei zusehen sollen, wie ein Land aufgrund der Verantwortungslosigkeit seiner Bevölkerung kommunistisch wird. Die Angelegenheiten sind viel zu wichtig, um die chilenischen Wähler selbst darüber entscheiden zu lassen.“

So machte sich die Nixon-Regierung also daran, das Land durch Strategien zu destabilisieren, die, wie ein Kabinettsmitglied erklärte, darauf abzielten, „die chilenische Wirtschaft zum Schreien zu bringen“.

Über einen Zeitraum von 18 Monaten finanzierte die CIA heimlich Unternehmen, Ladenbesitzer und LKW-Fahrer, damit sie ihre Arbeit einstellten und streikten, und brachte die Wirtschaft damit erfolgreich „zum Schreien“, indem sie eine Notlage für die chilenische Bevölkerung auslöste, die massive Engpässe bei der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern erdulden musste.

Freigegebene Dokumente enthüllen, dass die USA außerdem oppositionellen Gruppen in Chile finanzielle Unterstützung und Waffen zur Verfügung stellte, während CIA-Agenten mit chilenischen Militäroffizieren zusammenarbeiteten, die einen Putsch zum Sturz von Präsident Allende planten. Bis zum Jahr 1973 hatte man Chile schließlich ausreichend destabilisiert, um einen Militärputsch zu rechtfertigen. Sobald er an der Macht war, nahm Putschistenführer General Augusto Pinochet viele der von Allende eingeführten politischen Maßnahmen zurück, die die Interessen der Elite des Landes und der US-Unternehmen verletzt hatten. Zudem regierte er Chile für die nächsten 18 Jahre als Diktator mit

Washingtons Rückendeckung und verwandelte das Land in eine menschenrechtliche Katastrophe.

... in Haiti ...

Ein ähnlicher Prozess spielte sich in Haiti im Jahr 2000 nach der Wahl des katholischen Priesters Jean Bertrand Aristide zum Präsidenten ab. Seine Partei *Fanmi Lavalas* war mit Abstand die beliebteste in Haiti und gewann eine entscheidende Mehrheit im Parlament des Landes. Als gewählter führender Politiker des ärmsten Landes der nördlichen Hemisphäre setzte Aristide in den Bereichen Gesundheit, Bildung und sozialer Wohnungsbau eine Politik um, von der die Armen profitierten. Er verdoppelte außerdem den Mindestlohn, was den Gewinn beschränkte, den im Land agierende Unternehmen aus den USA, Kanada und Frankreich anhäuferten. Washington und seine imperialistischen Verbündeten reagierten, indem sie wirtschaftliche Sanktionen gegen Haiti verhängten und gleichzeitig Oppositionsgruppen im Land unterstützten. USAID verwaltete einen Großteil der Mittel für die Opposition und betrieb eine aktive Kampagne gegen die Erhöhung des Mindestlohns. Aristide sah sich zudem mit einer Welle an Gewalt von Seiten paramilitärischer Gruppen konfrontiert, die von den Wirtschaftseliten Frankreichs und Haitis finanziert wurden. Aus freigegebenen Dokumenten geht hervor, dass diese bewaffneten Gruppen ebenfalls in Beziehung zu den USA standen.

Im Jahr 2004, als das Land in Folge von drei Jahren wirtschaftlicher Sanktionen und paramilitärischer Gewalt im Chaos versank, ließen die USA, Kanada und Frankreich Truppen in Haiti einmarschieren, um die Regierung zu stürzen.

US-Marines verhafteten Präsident Aristide und seine Frau im Präsidentenpalast und brachten sie zum internationalen Flughafen,

der von kanadischen Truppen abgesichert worden war. Der haitische Präsident wurde gezwungen, von seinem Amt zurückzutreten, und wurde anschließend mit seiner Frau nach Afrika ausgeflogen. Die USA setzten einen haitischen Geschäftsmann, der in Miami lebte, als den neuen, nicht gewählten Präsidenten ein. Während Haiti unter ausländischer Militärbesetzung stand, nahm der neue Präsident die meisten der von Aristide umgesetzten politischen Maßnahmen zurück, inhaftierte tausende Oppositionelle und verhängte ein Verbot gegen *Fanmi Lavalas* („lodernde Flut“; Anmerkung der Übersetzerin), die beliebteste Partei im Land.

... und nun in Venezuela

Die derzeitige US-Außenpolitik gegenüber Venezuela wiederholt offensichtlich die Strategien, die man in den vergangenen Jahrzehnten zur erfolgreichen Entmachtung von Regierungen in Lateinamerika eingesetzt hatte. In den Augen Washingtons ist es überaus sinnvoll, Taktiken zur Unterwanderung einer demokratisch gewählten Regierung anzuwenden, um einen Regimewechsel herbeizuführen, wenn diese Regierung die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung über jene der US-Wirtschaft und multinationaler Konzerne stellt. Die Strategie hat in Chile funktioniert. Sie hat in Haiti funktioniert. Sie hat auch in den anderen erwähnten Ländern in Lateinamerika funktioniert. Die USA haben keine Skrupel, erneut die Demokratie zu untergraben und wirtschaftliche Not über Lateinamerikaner zu bringen, wobei diesmal die venezolanische Bevölkerung das Ziel zur Herbeiführung eines Regimewechsels in diesem Land ist.

Schließlich ist ein Land nicht demokratisch, sofern seiner Regierung nicht „die Interessen der USA am Herzen liegen“.

Garry Leech ist ein unabhängiger Journalist und Autor. Zu seinen Büchern gehören **[How I Became an American Socialist](https://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/0995000107/counterpunchmaga)** (<https://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/0995000107/counterpunchmaga>), **[Capitalism: A Structural Genocide](https://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/1780321996/counterpunchmaga)** (<https://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/1780321996/counterpunchmaga>), **[The FARC: The Longest Insurgency](https://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/1848134924/counterpunchmaga)** (<https://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/1848134924/counterpunchmaga>), **[Beyond Bogota: Diary of a Drug War Journalist in Colombia](https://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/080706145X/counterpunchmaga)** (<https://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/080706145X/counterpunchmaga>) sowie **[Crude Interventions: The United States Oil and the New World Disorder](https://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/1842776290/counterpunchmaga)** (<https://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/1842776290/counterpunchmaga>). Außerdem unterrichtet er Internationale Politik an der Cape Breton University in Nova Scotia, Kanada.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel „[Business as Usual: Washington’s Regime Change Strategy in Venezuela](https://www.counterpunch.org/2018/11/23/business-as-usual-washingtons-regime-change-strategy-in-venezuela/)“. Er wurde vom ehrenamtlichen **[Rubikon-Übersetzungsteam](https://www.rubikon.news/kontakt)** (<https://www.rubikon.news/kontakt>) übersetzt und vom ehrenamtlichen **[Rubikon-Korrektoratsteam](https://www.rubikon.news/kontakt)** (<https://www.rubikon.news/kontakt>) lektoriert.



Es bringt wenig, nur im eigenen, wenn auch exquisiten Saft zu schmoren. Deshalb sammelt und veröffentlicht die **Rubikon-Weltredaktion** regelmäßig Stimmen aus aller Welt, vorwiegend aus dem anglo-amerikanischen und arabischen Raum. Wie denken kritische Zeitgenossen dort über geopolitische Ereignisse? Welche Ideen haben sie zur Lösung globaler Probleme? Welche Entwicklungen beobachten sie, die uns in Europa vielleicht auch bald bevorstehen? Der Blick über den Tellerrand ist dabei auch ermutigend, macht er doch deutlich: Wir sind viele, nicht allein!

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz ([Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de))** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.